



WEGE AUS DER CORONAKRISE

Förderung im Rahmen der Kohäsionspolitik

Die EU-Strukturhilfen spielen in der Regionalentwicklung eine wichtige Rolle. Die oft kritisierte komplexe Umsetzung soll in der neuen Förderperiode vereinfacht werden.

02.08.2021

Von Peter Buerstedde | Paris

- ▶ [Partnerschaftsabkommen wird Umsetzung definieren](#)
- ▶ [Stärkerer Fokus auf Klimawandel](#)
- ▶ [Antragstellung gilt als zu komplex](#)
- ▶ [Aufstockung durch React-EU](#)

Die Kohäsions- und Strukturhilfen der Europäischen Union (EU) spielen in der regionalen Wirtschaftsförderung in Frankreich eine wichtige Rolle, weil ein Großteil der Mittel seit 2014 von den Regionen verteilt wird.

Das Land erhält Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF, jetzt ESF+), dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Die Verwaltung der Mittel obliegt dem Zentralstaat und den Regionalparlamenten (Conseils régionaux), denen diese Kompetenz 2014 per Gesetz übertragen wurde. Die Regionalparlamente legen regionale (und überregionale) EFRE- und ELER-Programme auf und erhalten auch einen Teil der ESF-Mittel, die für Bildung vorgesehen sind. Der Zentralstaat setzt den Löwenanteil der ESF-Mittel und die EMFF-Mittel in Programmen ein. Eine gemeinsame Kommission der Zentralregierung und der Regionen koordiniert die Umsetzung. In der Förderperiode 2014 bis 2020 waren es insgesamt 83 Förderprogramme.

Onlineportale zur EU-Förderung in Frankreich



Die staatliche Agentur für Regionalentwicklung Agence nationale de la cohésion des territoires (ANCT) informiert auf dem Webportal **Europe-En-France** [☞](#) über die Förderprogramme. Es listet sowohl die verschiedenen Programme auf als auch die bereits geförderten Projekte.

Ein weiteres Portal, **Aides-Territoires** [☞](#), das noch im Aufbau ist, soll über die Strukturfonds hinaus alle Förderinstrumente auf regionalem Niveau zusammentragen.

Für den ESF gibt es ein eigenes **Portal** [☞](#) des Arbeitsministeriums.

Partnerschaftsabkommen wird Umsetzung definieren

In der europäischen Kohäsions- und Strukturpolitik hat am 1. Juli 2021 die neue Förderperiode bis 2027 begonnen. Die Umsetzung der Förderung in Frankreich muss noch in einem Partnerschaftsabkommen zwischen der französischen Regierung und der EU-Kommission geregelt werden. Das Abkommen, das schon weitgehend mit der Europäischen Kommission abgestimmt ist, soll vor Ende 2021 abgeschlossen werden. Am 25. Juni hat das Europäische Parlament die Regeln für die Umsetzung der Programme verabschiedet und diese sind am 1. Juli 2021 in Kraft getreten.

Stärkerer Fokus auf Klimawandel

Die Ausrichtung der Struktur- und Investitionsfonds hat sich gegenüber der vorherigen Förderperiode nicht grundlegend geändert, obwohl die elf Themen auf fünf reduziert worden sind. Es geht weiter um wirtschaftliche, soziale und territoriale Konvergenz, Forschung und Innovation sowie nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit.

Nach Informationen der Vereinigung der 18 französischen Regionen (Régions de France) wird der Klimawandel auch durch den Green Deal der EU-Kommission eine deutlich größere Rolle spielen. So sollen in der neuen Förderperiode 30 Prozent der EFRE-Mittel dem Klimaschutz zugutekommen sowie 37 Prozent der Mittel des Kohäsionsfonds, der aber Mitgliedsländern mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts vorbehalten ist und damit Frankreich ausschließt.

Aus dem ESF ist durch die Verschmelzung mit den EU-Fonds Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI), EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) der ESF+ geworden.

Die Umsetzung ist vereinfacht worden mit einem einheitlichen Regelwerk für verschiedene Fonds und weniger nachträglichen Prüfungen für Programme, die in der Vergangenheit keine Unregelmäßigkeiten aufgewiesen haben.

Eine Neuerung ist die Vorgabe, dass Programme im Einklang mit der EU-Grundrechtecharta durchgeführt werden müssen. Gegen Ende der Förderperiode kann die Hälfte der noch nicht zugewiesenen Mittel zwischen Programmen umgeschichtet werden.

Antragstellung gilt als zu komplex

Ein Thema in Frankreich in Bezug auf die EU-Strukturfonds ist, wie eine zu starke Zersplitterung in viele sehr kleine Projekte, die keine Struktureffekte haben, vermieden werden kann, aber gleichzeitig auch eine zu starke Konzentration auf wenige Großprojekte in bereits entwickelten Regionen.

Auch gibt es zum Teil Überschneidungen mit Förderprogrammen des nationalen Konjunkturpakets France Relance, das auch regionale Programme umfasst, und den Vereinbarungen zwischen Zentralstaat und Regionen CPER/CPIER (contrats de plan état-région), die eine immer größere Rolle etwa bei der Verkehrsentwicklung spielen.

Obwohl laut Statistik die Mittel in hohem Maße abgerufen werden, gilt die Antragstellung weiter als zu komplex und dadurch als abschreckend für Antragsteller. Eine Förderung über France-Relance-Programme gilt als unbürokratischer in der Umsetzung als eine EU-Förderung. Die neue Förderperiode wird zeigen, ob die von der französischen Seite angekündigten Vereinfachungen tatsächlich die Antragstellung und Umsetzung erleichtern.

Aufstockung durch React-EU

Die Mittel der Förderperiode 2014 bis 2020 von rund 28 Milliarden Euro waren bis Ende März 2021 zu 93 Prozent vergeben worden. Als kurzfristige Hilfsmaßnahme sind parallel zur Vereinbarung über die neue Förderperiode die Fördermittel der vorangegangenen Periode um 50,6 Milliarden Euro aufgestockt worden. Von diesen Mitteln der EU-Aufbauhilfe React-EU (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe) sind etwa 4 Milliarden Euro für Frankreich vorgesehen. Diese müssen bis 2023 eingesetzt werden.

Dieser Beitrag gehört zu:
[EU-Förderung in Frankreich](#)

Mehr zu:

Frankreich
Wege aus der Coronakrise / EU-Förderung
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Karl-Heinz Dahm

Wirtschaftsexperte

 +49 228 24 993 274

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

